

08/2013

EUROPEAN TRADE UNION COMMITTEE FOR EDUCATION
COMITE SYNDICAL EUROPEEN DE L'EDUCATION

Projektbericht

Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze in Zeiten der Wirtschaftskrise

Entwurf für praktische Empfehlungen zur Förderung von
gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen im
Bildungssektor in Zeiten der Wirtschaftskrise



Diese Aktion wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt





Also available in English under the title:

«Project Report. Teacher Trade Unions in Solidarity for Healthy and Safe Workplaces in the Economic Crisis. Draft Practical Recommendations on the Promotion of Healthy and Safe Working Conditions in Times of the Economic Crisis»

Egalement disponible en français sous le titre:

«Rapport de projet. Les syndicats d'enseignants solidaires pour des environnements de travail sains et sûrs en période de crise économique. Projets de recommandations pratiques sur la promotion d'environnements de travail sains et sûrs dans l'éducation en période de crise économique»

También disponible en español con el título:

«Informe de proyecto. Los sindicatos de docentes aúnen fuerzas para conseguir entornos de trabajo sanos y seguros en periodo de crisis económica. Proyecto de recomendaciones prácticas sobre la promoción de entornos de trabajo sanos y seguros en la educación en periodo de crisis económica»

Für die Vervielfältigung eines Teils oder der gesamten Veröffentlichung ist keine Genehmigung erforderlich. Jedoch muß das EGBW als Urheber genannt und Kopien dem EGBW Sekretaria übermittelt werden.

Published by the European Trade Union Committee for Education - Brussels 2013



"Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung (Mitteilung) trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben."

Vorwort

Das Projekt *Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze in Zeiten der Wirtschaftskrise* war die Antwort auf die während der Wirtschaftskrise einschneidenden Haushaltskürzungen im Bildungsbereich. Seit 2008 waren Kürzungen der Bildungshaushalte in den meisten Ländern der Europäischen Union gang und gäbe. Leidtragende dieser Sparpolitik sind meistens die Beschäftigten im Bildungsbereich, da Einschnitte in den Bildungshaushalten oft die Ursachen für arbeitsbedingten Stress, starke emotionale Belastungen, Rollenkonflikte sowie zunehmende Verunsicherung am Arbeitsplatz sind.

Mit diesem Projekt wollte man in erster Linie untersuchen, wie sich die Wirtschaftskrise auf die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz im Bildungssektor ausgewirkt hat. Anhand von Befragungen sollte überprüft werden, ob die Gesundheit und Sicherheit unter Umständen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Untermuert wurden die Arbeiten mit Beispielen von Gewerkschaftsstrategien und bewährten Praktiken. Fazit ist, dass zwar die Krise gewissermaßen die Gesundheit und Sicherheit des Lehrkörpers und der nicht zum Lehrkörper gehörenden Mitarbeiter gefährdet, die aktuelle Situation jedoch auch Chancen für Bildungsgewerkschaften bietet, solidarisch zu handeln und in ganz Europa den Arbeitsschutz zu verbessern. Am Ende des Berichts werden verschiedene praktische Empfehlungen formuliert, die von den EGBW-Mitgliedsorganisationen im Rahmen dieses Projekts ausgearbeitet wurden.

Mit diesen Empfehlungen bietet das EGBW seinen Mitgliedsorganisationen und anderen Bildungsbeteiligten eine Arbeitsgrundlage, auf der sie aufbauen und Arbeits- und Gesundheitsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bildungssektor fördern können. Ich lade Mitgliedsorganisationen ein, auf diese Empfehlungen zurückzugreifen und unter den Mitgliedern zu verbreiten.

Das EGBW wird gemeinsam mit dem EGB an der Erstellung eines neuen politischen Rahmens der EU zur Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mitwirken, um die Prozesse aus der früheren Arbeitsschutzstrategie der EU, die 2012 endete, fortzusetzen. Das Thema Arbeitsschutz wird in der BI-/EGBW-Kampagne *Unite for Quality Education – Better Education for a better world* aufgenommen.

Brüssel, am 4. November 2013

Martin Rømer, EGBW-Europadirektor



Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze
in Zeiten der Wirtschaftskrise

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Vorwort..... | 3 |
| 1 Projektüberblick..... | 6 |
| 1.1 Projektziel..... | 6 |
| 1.2 Methodik..... | 6 |
| 1.3 Beratergruppe..... | 7 |
| 2 Projektaktivitäten..... | 8 |
| 2.1 Online-Umfrage und Interviews..... | 9 |
| 2.2 Peer-Learning-Aktivitäten..... | 9 |
| 2.3 Abschlusskonferenz..... | 10 |
| 3 Ergebnisse..... | 11 |
| 3.1 Ergebnisse der Online-Umfrage..... | 11 |
| 3.2 Ergebnisse der Interviews..... | 13 |
| 4 Ergebnisse der Peer-Learning-Aktivitäten und die Abschlusskonferenz: Entwurf für praktische Empfehlungen..... | 14 |
| 5 Akronyme..... | 21 |
| 6 Publikationen und Berichte..... | 22 |

1 Projektüberblick

Angesichts der Konferenz der europäischen Region der Bildungsinternationale, aus der deutlich hervorging, dass weitere Arbeit zur Auswirkung der Krise auf die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern erforderlich sind, sowie aufgrund der Konsultation der Europäischen Kommission über einen neuen politischen Rahmen der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSH) entwickelte das EGBW-Sekretariat die Initiative *Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze in Zeiten der Wirtschaftskrise*.

In diesem Projekt untersuchte das EGBW die Auswirkung der Krise auf die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten im Bildungsbereich sowie die damit verbundenen Veränderungen der Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten. Das Ergebnis, nämlich der Entwurf für praktische Empfehlungen für Bildungsgewerkschaften in Europa und ihre Mitglieder (Lehrer und Beschäftigte des Bildungssektors) zur Frage, wie man in Krisenzeiten gesunde und sichere Arbeitsplätze fördern kann, wurde auf der Abschlusskonferenz in Madrid am 10. und 11. Oktober 2013 bewertet und erörtert.

1.1 Projektziel

Mit diesem einjährigen von der EU geförderten Projekt wollte man die Solidarität zwischen den Bildungsgewerkschaften in Europa stärken, um für gesunde und sichere Arbeitsbedingungen einzutreten, diese aufrechtzuerhalten und zu fördern, vor allem um psychosozialen Gefährdungen vorzubeugen und Beruf und Familie in Zeiten von steigendem Druck aufgrund der Wirtschaftskrise in Einklang zu bringen. Es sollte das Wohlbefinden und die Sicherheit der Beschäftigten im Bildungsbereich als Voraussetzung für eine hochwertige Bildung gefördert werden. Mit diesem Projekt wollte man vor allem herausfinden, ob sich die Krise und die damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des Bildungssektors auf die Gesundheit und Sicherheit der Betroffenen auswirkten. Das angestrebte Ziel der Projektarbeit war es, eine Reihe konkreter und praktischer Empfehlungen für Bildungsgewerkschaften in Europa und ihre Mitglieder – Lehrer und Mitarbeiter des Bildungssektor – zur Förderung von gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen in Krisenzeiten zu formulieren.

1.2 Methodik

Dem Projekt lag ein **empirischer Ansatz** zugrunde, wobei Daten in einer Online-Umfrage und Interviews erhoben wurden. Über die Online-Umfrage wurden die Meinungen der Mitgliedsorganisationen über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitsbedingungen der Lehrer quantitativ gemessen. Die Umfrage wurde in enger Zusammenarbeit mit Salvador Moncada von ISTAS, dem spanischen Gewerkschaftsinstitut für Arbeit, Umwelt und Gesundheit, entwickelt. Die Umfrage bestand aus 31 Multiple-Choice-Fragen. Das EGBW wählte ISTAS über eine Ausschreibung im Dezember 2012 aus. Die Auswertung der Umfrage erfolgte anhand einer deskriptiv-statistischen Analyse.

Für die qualitative Bewertung wurden Vertreter der EGBW-Mitgliedsorganisationen befragt, wobei die Mitgliedsorganisationen die Interviewpartner auswählten. Von den ISTAS-Mitarbeitern wurden Telefoninterviews in der Muttersprache der Befragten durchgeführt (für die Länder Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Spanien und Großbritannien). Mitarbeiter der Freiburger Forschungsstelle Arbeits- und Sozialmedizin führten Interviews in Griechenland und Schweden durch. Der Inhalt für die Interviews wurde nach einer ersten Analyse der beantworteten Fragebögen festgelegt und bezog sich vorrangig auf die Gewerkschaftsaktionen. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 45 Minuten. Sämtliche Interviews wurden aufgezeichnet und es wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt.

1.3 Beratergruppe

Das Projekt wurde von einer Beratergruppe geleitet, die für die Projektumsetzung zuständig war und sämtliche Projektaktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Personal des EGBW-Sekretariats plante und organisierte. Vertreter sechs Einzelgewerkschaften, alle EGBW-Mitgliedsorganisationen, arbeiteten in der Projektberatergruppe zusammen. Die Mitglieder der Beratergruppe kamen aus Spanien (Patricio Pérez, FECCOO), Italien (Rossella Benedetti, UIL Scuola), Frankreich (Hélène Hémet, UNSA), Polen (Monika Konczyk, Solidarnosc), Schweden (Anders Eklund, Lärarförbundet) und dem Vereinigten Königreich (Darren Northcott, NASUWT).

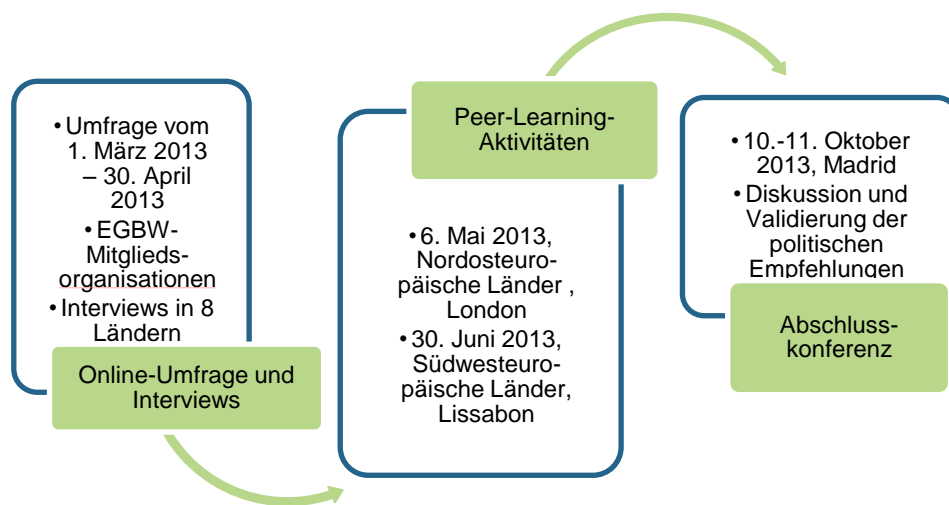


Die Beratergruppe (Anders Eklund, Lärarförbundet, Schweden; Rossella Benedetti, UIL Scuola, Italien; Patricio Pérez, FECCOO, Spanien; Hélène Hémet, UNSA- Bildung, Frankreich; Darren Northcott, NASUWT, UK; Monika Konczyk, Solidarnosc, Polen)

Die Mitglieder der Beratergruppe unterstützten das Projekt mit ihrem Sachverstand und Fachwissen zur Frage, wie das Wohlbefinden der Lehrer gefördert werden kann und wie sich die Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor ausgewirkt hat. Gemeinsam mit Salvador Moncada (ISTAS, Spanien) entwickelten sie eine kurze Online-Umfrage, unterstützten die Durchführung der Interviews und arbeiteten die praktischen Empfehlungen aus.

2 Projektaktivitäten

Das Projekt umfasste schwerpunktmäßig fünf Tätigkeitsfelder: erstens eine Online-Umfrage unter EGBW-Mitgliedsorganisationen; zweitens Interviews mit Vertretern der Einzelgewerkschaften, um aufzeigen zu können, wie sich die Krise auf die Arbeitsbedingungen in Europa ausgewirkt hat. Drittens zwei regionale Peer-Learning-Aktivitäten, die den Vertretern von Bildungsgewerkschaften die Gelegenheit boten, über die Ergebnisse zu diskutieren und einen Entwurf für politische Empfehlungen mit dem Ziel auszuarbeiten, gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Zeiten des durch die Wirtschaftskrise wachsenden Arbeitsdrucks zu fördern. Am Schluss wurde der Empfehlungsentwurf diskutiert und auf der Projektabschlusskonferenz validiert.



Das EGBW startete eine Online-Umfrage, um herauszufinden, ob und wie das Wohlbefinden der Lehrkräfte von der Krise beeinträchtigt wurde, vor allem hinsichtlich der psychosozialen Auswirkung der Krise auf die Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei zunehmenden Druck von außen.

2.1 Online-Umfrage und Interviews

Die Online-Umfrage sollte die Haushaltskürzungen im Bildungssektor in den einzelnen EU-Ländern seit 2008 umgesetzt wurden. Damit wollte man auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erkennen und eruieren, ob Beschäftigte im Bildungsbereich aufgrund dieser Haushaltseinsparungen höheren psychosozialen Belastungen ausgesetzt waren. Mit der Umfrage sollten jene Maßnahmen beschrieben werden, die ab 2008 von Gewerkschaften als Reaktion auf die Sparpolitik unternommen wurden. Das EGBW-Sekretariat forderte alle Mitgliedsorganisationen auf, sich an der Studie zu beteiligen, die vom 4. März bis 30. April 2013 lief. Insgesamt nahmen 55 EGBW-Mitgliedsorganisationen aus 33 Ländern daran teil, was einer Teilnahmequote von 41% entspricht.



Grün: Länder, aus denen Mitgliedsorganisationen an der Online-Umfrage teilnahmen;

Blau: Länder, aus denen Mitgliedsorganisationen an der Online-Umfrage und den Interviews teilnahmen

Die Studie bestand aus 31 Multiple-Choice-Fragen und bezog sich auf vier Schwerpunktthemen: Haushaltskürzungen im Bildungssektor; inwieweit haben sich die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten im Bildungsbereich seit 2008 infolge der Haushaltskürzungen verschlechtert; kam es seit 2008 zu höheren oder anderen psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz; und welche Maßnahmen wurden ab 2008 von den Gewerkschaften ergriffen, um derartigen Haushaltskürzungen entgegenzuwirken.

Die Interviews wurden mit Gewerkschaftsvertretern in acht Ländern durchgeführt (Spanien, Italien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Polen, Großbritannien

und Schweden), um nationale Strategien und Aktionen der Bildungsgewerkschaften zu sammeln. Insgesamt wurden 22 Personen aus 22 EGBW-Mitgliedsorganisationen interviewt. Die Teilnehmer der Online-Umfrage und der Interviews sind im Anhang des Forschungsberichts aufgeführt.

2.2 Peer-Learning-Aktivitäten

Mit den beiden Peer-Learning-Aktivitäten wollte man die unterschiedlichen Ansätze zur



Peer-Learning-Aktivität mit Vertretern der Bildungsgewerkschaften aus Nordosteuropa

Prävention von psychosozialen Belastungen und zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zeiten der Wirtschaftskrise untersuchen. Die beiden Peer-Learning-Aktivitäten wurden für die Vertreter der EGBW-Mitgliedsorganisationen organisiert. Es nahmen jeweils etwa 30 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter teil. Die Diskussionen basierend auf den Online-Umfragen und Interviews konzentrierten sich auf die Ausarbeitung von konkreten politischen Empfehlungen.

Zur ersten Peer-Learning-Aktivität trafen sich die Vertreter der Bildungsgewerkschaften aus den nordosteuropäischen Ländern am 13. Mai 2013 in London. Zwei Experten referierten über die Auswirkung der psychosozialen Belastungen auf die Gesundheit der Beschäftigten im Bildungsbereich sowie über den Beitrag der Gewerkschaften zur Gesundheit, Sicherheit und dem Wohlbefinden am Arbeitsplatz.

Die zweite Peer-Learning-Aktivität fand in Lissabon am 3. Juni 2013 statt. An der Veranstaltung nahmen 30 Vertreter der Bildungsgewerkschaften aus den südwesteuropäischen Ländern teil sowie zwei Experten, die über die Auswirkung der psychosozialen Belastungen auf die Gesundheit der Beschäftigten und über das psychosoziale Risikomanagement im Bildungsbereich referierten.



Peer-Learning-Aktivität mit Vertretern der Bildungsgewerkschaften aus Südwesteuropa

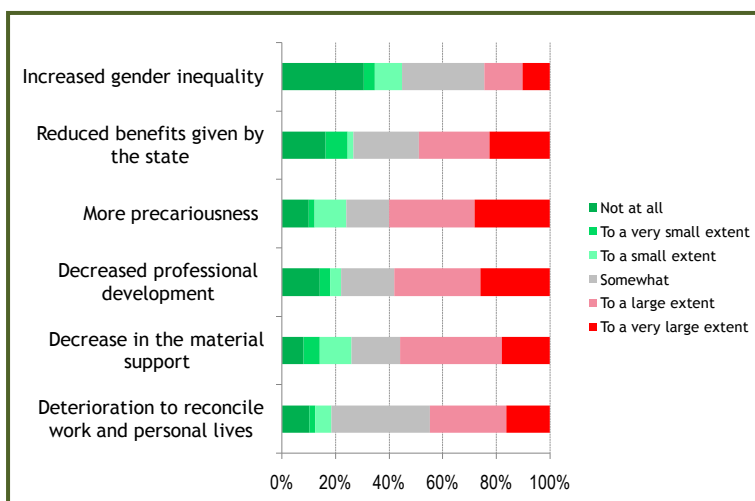
2.3 Abschlusskonferenz

Die Abschlusskonferenz fand in Madrid am 10. und 11. Oktober 2013 statt. Mit der Veranstaltung, an der über 50 Vertreter europäischer Bildungsgewerkschaften teilnahmen, wollte man vor allem zwei Ziele erreichen: erstens die Ergebnisse der Projektaktivitäten vorstellen und erörtern, und zweitens die etwaige Änderungsvorschläge für die politischen Empfehlungen zur Diskussion stellen. In zwei Arbeitsgruppensitzungen prüften die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die politischen Empfehlungen und deren Umsetzung im Lichte der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten. Drei hochkarätige Redner bereicherten die Diskussionen mit ihrem Fachwissen. In ihrem Vortrag über *Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Schule*, argumentierte Sarah Copey



Plenardiskussion

von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Arbeitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), dass Sicherheit und Gesundheit in Schulen kein zusätzliches Thema, sondern fester Bestandteil des Arbeitsumfelds sowie des gesamten Bildungswesen sein sollte. Joan Benach (Pompeu Fabra Universität, Spanien) stellte in seinem Vortrag mit dem Titel *Krise, Soziale Ungleichheiten und Sicherheit und Gesundheitsschutz am*



Auswirkungen der Krise auf die Arbeitsbedingungen seit 2008

Arbeitsplatz Schule, argumentierte Sarah Copey von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Arbeitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), dass Sicherheit und Gesundheit in Schulen kein zusätzliches Thema, sondern fester Bestandteil des Arbeitsumfelds sowie des gesamten Bildungswesen sein sollte. Joan Benach (Pompeu Fabra Universität, Spanien) stellte in seinem Vortrag mit dem Titel *Krise, Soziale Ungleichheiten und Sicherheit und Gesundheitsschutz am*

Arbeitsplatz den unmittelbaren Zusammenhang zwischen öffentlicher Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit dar. Stavroula Leka (University of Nottingham, Großbritannien) stellte

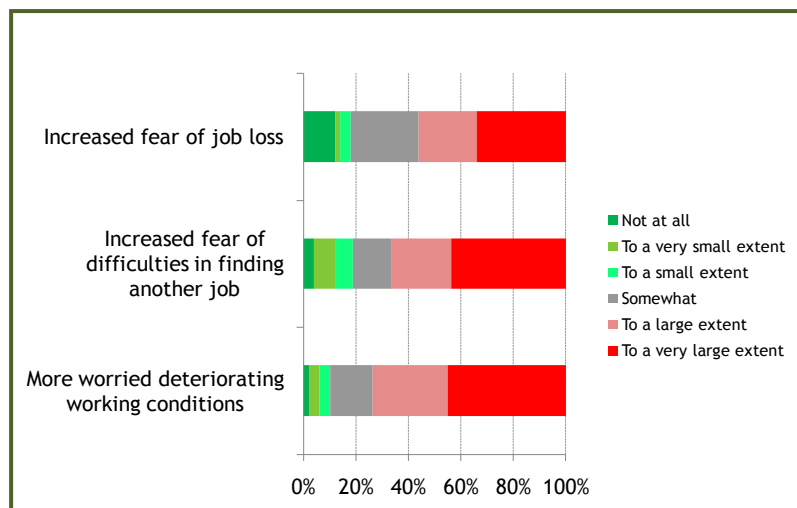
aktuelle praktische Ansätze vor, mit denen der Graben zwischen Politik und Praxis auf dem Gebiet Arbeits- und Gesundheitsschutz überwunden werden könnte.

3 Ergebnisse

3.1 Ergebnisse der Online-Umfrage

Aus der Umfrage wurde ersichtlich, dass die Kürzungen im Bildungshaushalt heute in den meisten europäischen Ländern gang und gäbe sind. Mehr als drei von vier Befragten berichteten über einschneidende Haushaltskürzungen. In allen Ländern außer in Schweden und Österreich gab es unterschiedliche Kosteneinsparungsmaßnahmen. Zur Kürzung der Bildungshaushalte wurden verschiedene Hebel in Bewegung gesetzt: meistens kam es zum Einfrieren der Gehälter, zu fehlenden Neueinstellungen nach Pensionswellen, Schließung und Zusammenführung von Schulen, Investitionsstop, keine Verlängerung befristeter Arbeitsverträge und geringere Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf.

Die Kosteneinsparungen hatten Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im Allgemeinen: geringere berufliche Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Prekarität bei Lehrkräften und anderen Beschäftigten im Bildungsbereich einerseits, andererseits wurden Arbeitnehmerrechte im Bereich der sozialen Sicherung beschnitten. Das Resultat waren die Anhebung des Renteneintrittsalters und Beschränkungen bei Vorruhestandsregelungen.



Erhöhte Unsicherheit seit 2008

Hinsichtlich psychosozialer Gefährdungen am Arbeitsplatz ist seit 2008 die zunehmende Ungewissheit und Verunsicherung auf drei verschiedenen Ebenen am augenfälligsten: die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, die Angst vor Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche nach etwaiger Kündigung und die Sorge über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Höhere Arbeitsanforderungen aufgrund erhöhter Arbeitsbelastungen mit weniger Zeit und geringeren Ressourcen und emotionale Belastungen wurden als spürbarste Auswirkung der Maßnahmen unmittelbar danach genannt. Abnehmende soziale Unterstützung, weniger Vertrauen in die Hierarchie und geringere Fairness am Arbeitsplatz standen an dritter Stelle der empfundenen Auswirkungen.

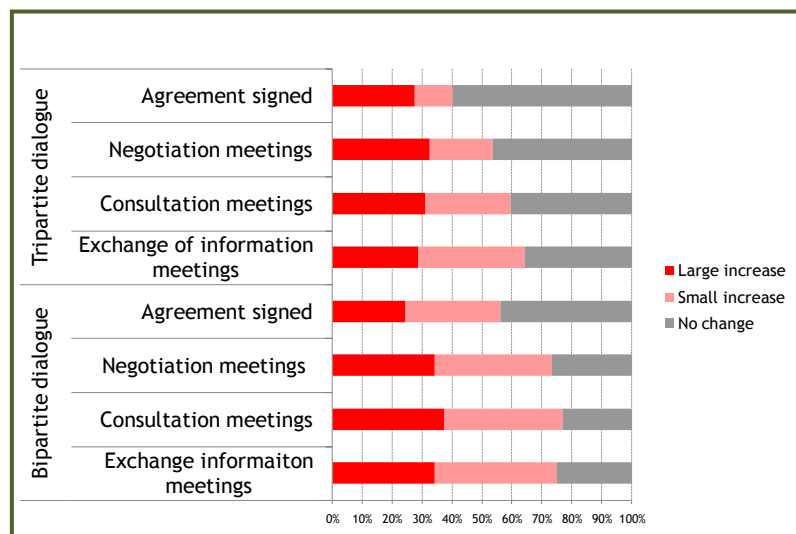
Seit 2008 unternahmen Bildungsgewerkschaften eindeutig mehr Aktionen, um gegen die Sparpolitik im Bildungssektor zu kämpfen, die wie folgt in vier Blöcke von Maßnahmen eingeteilt werden können:

- Mobilisierungsaktionen und Bündnisse mit anderen von der Sparpolitik betroffenen Beschäftigten und Branchen.
- Drängen auf einen zwei- und dreigliedrigen Sozialdialog sowie Verhandlungen.
- Rechts- und Berufsberatung sowie Schulung von Beschäftigten und Arbeitnehmervertretern.
- Rechtliche Schritte gegen Sparmaßnahmen.

Besonders sichtbare und vor allem immer öfter praktizierte Maßnahmen zur Mobilisierung waren Aktionen wie Demonstrationen, Medienkampagnen und Streiks. Der soziale Dialog scheint sich kaum merklich verändert zu haben.

Obwohl durch die Gewerkschaftsaktionen die Sparmaßnahmen nicht rückgängig gemacht werden konnten, war es in einigen Fällen möglich, die negativen Auswirkungen abzuschwächen: Begrenzungen bezüglich des Arbeitsplatzabbaus oder der Erhöhung der Unterrichtsstunden brachten den befristeten Beschäftigten eine gewisse Stabilität und führten zu einer gewissen Milderungen der Haushaltskürzungen, die sich auf die Lohn- und Gehaltsstrukturen und Rentensysteme auswirkten.

Fast alle Gewerkschaften gehen davon aus, dass die Regierungen ihren Sparkurs fortsetzen und sich dadurch die Arbeitsbedingungen in den kommenden Jahren noch weiter verschlechtern werden. Daher wird eigentlich in allen untersuchten Ländern (mit Ausnahme von Schweden und Frankreich, wo mit gewissen Verbesserungen gerechnet wird) eine Eskalation der Mobilisierung erwartet. Einige



Zwei-/Dreigliedriger Sozialdialog

Gewerkschaften sehen in der Wahrung der Richtlinien zum Arbeits- und Gesundheitsschutz eine Möglichkeit, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einzudämmen.

Die Koordinierung zwischen den Bildungsgewerkschaften in den europäischen Ländern ist daher von großer Bedeutung, vor allem für die Länder in Südeuropa, in denen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in direktem Zusammenhang mit den EU-Forderungen nach Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite steht.

3.2 Ergebnisse der Interviews

Die Interviews zeigten auf, dass es für alle Vertreter der Bildungsgewerkschaften bei ihren Protestaktionen nicht nur um die Kürzungen der Bildungshaushalte, sondern ganz allgemein um die Verteidigung der Bildungsqualität als höheres Gemeingut und als ein wesentliches Bürgerrecht geht. Die Sparpolitik beeinträchtigt sowohl die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten als auch die Qualität des Unterrichts, den Schüler und Studenten erhalten. Außerdem wurde aus den Interviews ersichtlich, dass die Privatisierung des Bildungssektors ein allgemeiner Trend in jenen Ländern ist, die von konservativen Parteien regiert werden.

Mit Ausnahme der schwedischen Kolleginnen und Kollegen bestätigten alle Interviewpartner, dass sich in ihren Ländern die Haushaltskürzungen auf den Bildungssektor negativ ausgewirkt haben. Die Befragungen machen deutlich, dass die herausragende Aktion der Gewerkschaften gegen Haushaltskürzungen vorrangig die **Mobilisierung** war. Die Antwort der Bildungsgewerkschaften auf die Sparpolitik bestand darin, durch Demonstrationen und Streikaktionen (dazu gehörten auch Aufrufe zum Streik und Streikvorbereitung) Druck aufzubauen. Zwei Bildungsgewerkschaften (UIL-Scuola aus Italien und UNSA-Education aus Frankreich) erwähnten auch Verhandlungen mit der Regierung als Maßnahme gegen weitere Sparmaßnahmen im Bildungssektor.

Die Befragten betonten allerdings, dass die **Aktionen der Bildungsgewerkschaften die Kürzungen zwar nicht verhindern, deren negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen jedoch begrenzt werden konnten**. Den Gewerkschaften gelang es, einige Maßnahmen zu begrenzen wie z.B. Beschäftigungsabbau und Anhebung des Unterrichtpensums. Außerdem konnten sie auch eine gewisse Stabilität für Zeitarbeitnehmer erreichen, die Arbeitsbelastung ausgleichen und jene Sparmaßnahmen reduzieren, die die Gehaltsstrukturen und Rentensysteme betrafen. In Griechenland war es nicht möglich, die Auswirkung der Budgetkürzungen auf die Arbeitsbedingungen zu mildern. In Spanien erzielte man nur Teilerfolge und in Portugal wurde ein beachtlicher Teil der Errungenschaften im April 2013 wieder zurückgenommen. Die befragten Vertreter aus Portugal, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Frankreich sehen die Richtlinien zum Arbeits- und Gesundheitsschutz als eine Möglichkeit, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu vermeiden.

Mit Ausnahme der polnischen Gewerkschaften erachteten die Befragten die **Berichterstattung in den Medien über Gewerkschaftsaktionen als positiv**. Für die meisten Gewerkschaften aus Italien und dem Vereinigten Königreich ist die Medienkampagne Teil des sozialen Bündnisses. In Spanien und Portugal gibt es erhebliche Unterschiede zwischen regierungsfreundlichen Medien und den anderen Medien-Plattformen, die positiv über Gewerkschaftsaktionen berichten. In Griechenland gibt es Unterschiede zwischen den lokalen Medien, auf die man leicht zugreifen kann, und den nationalen Medien, die im Allgemeinen gegen Gewerkschaftsaktionen sind.

Obwohl für alle Befragten Lehrerinnen und Lehrer im Allgemeinen als privilegierte Gruppe gelten, stellten sie fest, dass die **Gewerkschaftsaktion einen starken Rückhalt in der Gesellschaft hat**. Gewerkschaftsvertreter betonten, dass sie im Allgemeinen von den

Familien unterstützt werden. Spanische und portugiesische Vertreter hoben die gemeinsamen Aktionen mit sozialen Organisationen und Bewegungen hervor.

Einige der Befragten erwähnten die **Notwendigkeit die Einzelgewerkschaften auf europäischer Ebene zu koordinieren**. Dies ist vor allem in den südlichen Ländern der EU der Fall, da dort die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in direktem Zusammenhang zu den EU-Forderungen nach Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite steht.

4 Ergebnisse der Peer-Learning-Aktivitäten und die Abschlusskonferenz: **Entwurf** für praktische Empfehlungen

(werden dem EGBW-Vorstand und dem EGBW-Ausschuss 2014 zur Verabschiedung vorgelegt)

Wie aus der Überschrift ersichtlich, basiert der nachstehende Entwurf für praktische Empfehlungen zur Förderung von gesunden und sicheren Arbeitsplätzen im Bildungssektor in Zeiten der Wirtschaftskrise auf den Projektergebnissen. Diskussionsgrundlage für die Ausarbeitung der Empfehlungen während der Peer-Learning-Aktivitäten und der Konferenz bildeten die Ergebnisse der Projektumfrage. **Die nachstehenden Empfehlungen werden dem EGBW-Vorstand und dem EGBW-Ausschuss 2014 zur Verabschiedung vorgelegt.** Das EGBW-Sekretariat wird das endgültige Dokument nach dessen Verabschiedung verbreiten.

Entwurf für praktische Empfehlungen zur Förderung von gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen im Bildungssektor in Zeiten der Wirtschaftskrise

1. Einleitung

Diese praktischen Empfehlungen wurden im Rahmen des Projekts *Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze in Zeiten der Wirtschaftskrise* ausgearbeitet. Sie basieren auf den Projektaktivitäten (Interviews mit Bildungsgewerkschaften, Online-Umfrage und zwei regionale Peer-Learning-Aktivitäten), an denen die EGBW-Mitgliedsorganisationen aktiv mitwirkten. Die Empfehlungen wenden sich in erster Linie an die Gewerkschaften in Europa und ihre angeschlossenen Lehrkräfte und Beschäftigte im Bildungsbereich und zeigen auf, wie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Krisenzeiten gefördert werden können.

Das EGBW-Sekretariat entwickelte diese Initiative im Hinblick auf die Konferenz der europäischen Region der Bildungsinternationale, die eindeutig den Bedarf von weiterer Arbeit zur Auswirkung der Krise auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich erkannte. Das Projekt und die Empfehlungen wurden auch vor dem Hintergrund der Konsultation der Europäischen Kommission zur Ausarbeitung eines neuen politischen

Rahmen der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2013 – 2020 erstellt, um den bildungsspezifischen Standpunkt bei der Festlegung der neuen Strategie einbringen zu können. Darüber hinaus unterstützen sie die globale Initiative der Bildungsinternationale 2013/2014 *Unite for Quality Education – Better Education for a better world*.

In Fortführung der vom EGBW realisierten Arbeit über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Lehrer unterstützen diese Empfehlungen die künftige Umsetzung der EGBW-Aktionspläne und politischen Papieren über die Prävention von arbeitsbedingtem Stress von Lehrern, Gewalt und Mobbing, sowie der diesbezüglichen Rahmenvereinbarung der Sozialpartner, der Richtlinie 89/391/EWG zur Einführung von Maßnahmen zugunsten der Verbesserungen der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz und der anderen relevanten nationalen EU- oder internationalen Regelungen¹. In diesen Teilen der Gesetzgebung heißt es eindeutig, dass es ein Arbeitnehmerrecht ist, am Arbeitsplatz gesund zu bleiben und gesund in Rente zu gehen. Gesundheit und Sicherheit liegt nicht allein in der Verantwortung eines jeden einzelnen, sondern sind vor allem Teil der Arbeitsorganisation.

Die Hauptziele sind die Stärkung der Solidarität zwischen Bildungsgewerkschaften in Europa, die sich dafür einsetzen, dass gesunde und sichere Arbeitsbedingungen aufrechterhalten und gefördert werden, vor allem zur Prävention von psychosozialen Gefährdungen und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Zeiten steigenden Drucks auf Grund der Wirtschaftskrise. Insbesondere werden Wege aufgezeigt, wie das Wohlbefinden und die Sicherheit der Lehrer und anderen Beschäftigten des Bildungssektors verbessert werden können, was für eine qualitativ hochwertige Bildung unabdingbar ist. Untersucht werden vor allem die Auswirkung der Krise und die damit verbundenen Gefährdungen der Arbeitsbedingungen und Risiken für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten des Bildungssektors. Aus diesem Grund wurden zwei regionale Peer-Learning-Aktivitäten am 13. Mai 2013 in London und am 3. Juni 2013 in Lissabon organisiert, anlässlich derer die Ergebnisse der Interviews der Bildungsgewerkschaften in acht ausgewählten Ländern² und der Online-Umfrage unter den EGBW-Mitgliedsorganisationen vorgestellt wurden.³

¹ Unter anderem:

[Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000](#) zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

[Richtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000](#) zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf.

[Richtlinie 2002/73/EG vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG](#) des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zu Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen.

[Die Arbeitsplatzqualität verbessern und die Arbeitsproduktivität steigern: Gemeinschaftsstrategie 2007-2012 für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz \(KOM\(2007\) 62\)](#)

[Übereinkommen über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt, 1981 \(Nr. 155\)](#)

[Übereinkommen über betriebsärztliche Dienste, 1985 \(Nr. 161\)](#)

[Global strategy on occupational safety and health: Schlussfolgerungen der Internationalen Arbeitskonferenz, 91. Sitzung, 2003](#)

[Übereinkommen über den Rahmen für die Förderung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, 2006 \(Nr. 187\)](#)

² Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

³ Berichte über diese Aktivitäten finden Sie unter:

http://teachersosh.homestead.com/Health_and_Safety_in_Crisis/Health-and-Safety-in-Crisis.html.

Für den EGBW soll die Schule⁴ ein sicherer, gesunder und ein dem Lernen und Lehren zuträglicher Ort sein. Schulen sind der Arbeitsplatz für Lehrerinnen und Lehrer, sie sind aber zunächst und vor allem Bildungsstätten für junge Menschen. Daher sollte ein Lernumfeld geschaffen werden, in dem Schüler und Studenten lernen und Lehrkräfte sowie andere Bildungsmitarbeiter ihren Beruf in einem positiven, gesunden und sicheren Arbeitsumfeld ausüben können.

Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis der Arbeiten des EGBW und seinen Mitgliedsorganisationen zum Thema gesunde und sichere Arbeitsplätze in Zeiten der Sparpolitik, wofür in Zukunft weitere Aktionen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene erforderlich sind.

Für einen nachhaltigen Wandel, der sich langfristig auf die Schulumwelt positiv auswirkt, sollten Aktionen, die die Grundwerte in den Schulen bestimmen und festigen (gegenseitige Achtung, demokratisches Bürgertum) bereits in einer frühen Phase einsetzen und sämtliche Stakeholder im Bildungssektor, Sozialpartner, Schulleiter, Lehrer, Schüler/Studenten und Eltern gleichermaßen einbinden. Als Grundvoraussetzung für gesunde und sichere Schulen muss von der öffentlichen Hand kontinuierlich in das Bildungssystem auf allen Ebenen investiert werden, um eine hochwertige Bildungsqualität zu gewährleisten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Beschäftigte mit einschließt.

2. Aim

Mit den vorliegenden praktischen Empfehlungen möchte man den Bildungsgewerkschaften in Europa und ihren Mitgliedsorganisationen sowie allen Beschäftigten des Bildungssektors konkrete Anleitungen mit auf den Weg geben, wie sie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen fördern können, was in Krisenzeiten eine besonders große Herausforderung zu sein scheint. Sie sollten Bildungsgewerkschaften und ihren Mitgliedsorganisationen helfen, konkrete Strategien und Aktionen zu entwickeln, um bei den betroffenen Stakeholdern das Bewusstsein über die Bedeutung von gesunden und sicheren Arbeitsplätzen in Schulen zu schärfen. Mit diesen Empfehlungen möchte man im Grunde den Bildungsgewerkschaften helfen, faire und gute Arbeitsbedingungen im Bildungssektor auch in Zeiten der Sparpolitik zu fördern und aufrechtzuerhalten, da letztendlich das oberste Ziel eine hochwertigen Bildung ist.

Diese Dokument ist daher keine Blaupause für die einzelnen Länder, sondern sollte als ein unterstützendes Instrument gesehen werden, das bewertet und auf nationale Voraussetzungen für gesunde und sichere Arbeitsbedingungen, einschließlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, angepasst werden muss. Dabei sind vor allem die Gegebenheiten eines jeden einzelnen Arbeitsplatzes in Betracht zu ziehen sind.

3. Empfehlungen

⁴ Bezieht sich auf alle Bildungsebenen und betrifft sowohl unterrichtende als auch nicht unterrichtende Beschäftigte des Bildungssektor ((Vor)-Primar-, Sekundarbereich, Berufliche Bildung, Hochschulbildung).

Gemäß des EGBW-Aktionsplans für gesunde und sichere Arbeitsplätze richten sich diese Empfehlungen an die drei wichtigsten Handlungsebenen (Europa, nationale Bildungsgewerkschaften und Bildungseinrichtungen) für spezifische Maßnahmen.

Auf europäischer Ebene ist es wichtig:

- ✓ Die Solidarität zwischen Bildungsgewerkschaften in Europa zu stärken, um eine gemeinsame Vision für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im Bildungswesen zu schaffen und eine gemeinsame Gesundheits- und Sicherheitsstrategie auszuarbeiten;
- ✓ Den Austausch von guten nationalen Praktiken zur Durchführung der Rahmenvereinbarungen im Bildungssektor zu unterstützen und sie bei den EGBW-Mitgliedsorganisationen über die EGBW-OSH Webseite und die BI/EGBW-Krisenkampagne-Webseite zu verbreiten; systematisch eine interne Gewerkschaftsdebatte zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz einzurichten;
- ✓ Die EGBW-Mitgliedsorganisationen in ihrem Bemühen zu unterstützen, nationale Politiken und Gesetzgebungen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu verbessern, vor allem zum Thema arbeitsbedingter Stress;
- ✓ Die EGBW-Mitgliedsorganisationen bei der Ausarbeitung von Gewerkschaftsstrategien zu unterstützen, um ein gutes Arbeitsumfeld und das Wohlbefinden in Schulen für Lehrer und Schüler zu gewährleisten.
- ✓ Den Sozialdialog auf europäischer Ebene mit dem Verband der Arbeitgebervertreter des Bildungssektors (EFEE) stärker zu fördern, um das Engagement für gesunde und sichere Arbeitsplätze im Bildungssektor noch weiter zu vertiefen;
- ✓ Durch die Einbeziehung aller relevanten Stakeholder im Bildungsbereich und aus anderen Sektoren die Umsetzung der Rahmenvereinbarungen der Europäischen Sozialpartner über die Prävention von arbeitsbedingtem Stress sowie Gewalt und Mobbing am Arbeitsplatz auf nationaler und gewerkschaftlicher Ebene voranzutreiben;
- ✓ Dem EGBW anhand der von den EGBW-Mitgliedsorganisationen vorgelegten Informationen zu berichten, wie auf nationaler Ebene die Rahmenvereinbarungen in die Praxis umgesetzt werden;
- ✓ Die Europäische Kommission darauf zu drängen, in ihren Mitteilungen, Dokumenten usw. die positive Beziehung zwischen gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen und der Aktion der Arbeitnehmervertreter (Gewerkschaftseffekt) hervorzuheben;
- ✓ Die Bedeutung der Überwachung der Anwendung der EU-Gesetzgebung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auf nationaler/regionaler und lokaler Ebene

zu unterstreichen und Sozialpartner und Gewerkschaften in diesen Prozess einzubinden;

- ✓ Die EU-Entscheidungsfindungsprozesse zu überwachen und zu beeinflussen, vor allem hinsichtlich der Umsetzung des neuen politischen Rahmens der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2013-2020), der die bisherige Strategie der Europäischen Kommission für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz ersetzen soll, und der damit verbundenen Politiken und Gesetze, um dadurch den psychosozialen Gefährdungen in der Europäischen Agenda größere Bedeutung beizumessen;
- ✓ Weiterhin bei der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission und dem Bildungsrat Lobbyarbeit zu betreiben, um das Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten im Bildungsbereich übergreifend in allen Politikbereichen der EU-Strategie 2020 und im Arbeitsprogramm "Allgemeine und berufliche Bildung 2020" zu behandeln und gesunde und sichere Arbeitsplätze im Bildungssektor in Krisenzeiten zu fördern;
- ✓ Kontakte zu internationalen Organisationen und Stakeholdern, wie Sozialversicherungsträgern und der IAO u.a. einzurichten;
- ✓ Auf die Beendigung der Kürzungen im Bildungshaushalt zu drängen und Anreize für Investitionen in die Bildung zu fordern;

Auf nationaler Gewerkschaftsebene ist es wichtig:

- ✓ Eine gemeinsame Vision der Bildungsgewerkschaften mit einer konkreten Strategie zur Förderung von gesunden und sicheren Arbeitsplätzen in Zeiten der Sparpolitik auszuarbeiten;
- ✓ Das Konzept von Qualität in der Bildung basierend auf einem gesunden und sicheren Arbeitsplatz 'Schule' zu fördern und weiterhin Informations- und Sensibilisierungsarbeit zu diesem Thema bei den relevanten Stakeholdern und in der breiten Gesellschaft sowie bei Eltern und auch Medien zu leisten – sowie bei regionalen, kommunalen und nationalen Regierungen, Schulverwaltungen, Gebietskörperschaften und anderen Arbeitgebern im Bildungssektor die erforderlichen Maßnahmen für gesunde und sichere Arbeitsplätze einzufordern;
- ✓ Aufgrund des offensichtlichen Vertrauensverlusts zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und unter Kollegen im Allgemeinen die Solidarität der Beschäftigten

gegen den wachsenden Trend der Individualisierung in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz zu stärken;

- ✓ Einen Dialog mit anderen Akteuren der Gesellschaft zu initiieren, um auf die Beziehung zwischen der gesunden und sicheren Arbeitsumwelt 'Schule' und der Qualität der Ausbildungs- und Unterrichtsbedingungen aufmerksam zu machen und Koalitionen mit anderen Gewerkschaftssektoren einzugehen, um dem Individualisierungstrend entgegenzuwirken;
- ✓ Die breite Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Herausforderungen Lehrerinnen und Lehrer zu meistern haben und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Arbeit der Lehrer ein Dienst an der Gesellschaft ist;
- ✓ Auf nationaler Ebene mit den Arbeitgebern des Bildungssektors spezifische und gemeinsame Leitlinien zur Umsetzung der Rahmenvereinbarungen der Sozialpartner und zur Anwendung der EU-Gesetzgebung zu erstellen;
- ✓ An spezifischen Tarifabschlüssen in Ländern zu arbeiten, wo nationale Modelle Tarifverhandlungen ermöglichen, oder dafür zu sorgen, dass die Themen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei etwaiger Neuverhandlungen der allgemein gültigen Tarifvereinbarungen Beachtung finden;
- ✓ Den Grundsatz eines gesunden und sicheren Arbeitsumfelds 'Schule' als eine Voraussetzung für hochwertige Bildung, die ein Menschenrecht und öffentliches Gut ist, in allen Bereichen des branchenübergreifenden Dialogs und/oder der Tarifverhandlungen im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Strategie 2020 zu berücksichtigen;
- ✓ Sich bei Regierungen und Bildungsbehörden für Investitionen im Bildungssektor einzusetzen;
- ✓ Sich vor allem auf die Rahmenrichtlinie 89/391/EG zu besinnen und sich auf die ordnungsgemäße Umsetzung und im Besonderen auf die nationale Gesetzgebung im Rahmen der Umsetzung dieser Richtlinie zu konzentrieren;
- ✓ Die Bedeutung der Gewerkschaftsvertreter am Arbeitsplatz zu betonen und eine systematische Schulung zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSH) für Schüler und Beschäftigte des Bildungssektors (auch für die Schulleitung), für Arbeitsschutzausschüsse und Gewerkschaftsvertreter angesichts der sich aus der Richtlinie 89/391/EWG ergebenden Anforderungen zu verlangen;

- ✓ Die breite Öffentlichkeit über die bestehende europäische und nationale Gesetzgebung und deren Änderung zu informieren, indem z.B. Informationsveranstaltungen organisiert und verschiedene Medien eingeschaltet werden, um auf die im Rahmen der Arbeiten des EGBW identifizierten Fakten hinzuweisen, die auf nationale Arbeitsschutzstandards verweisen, und gegebenenfalls gemeinsame Qualitätsnormen für Sicherheit und Gesundheit auszuarbeiten;
- ✓ Für Lobbyarbeit und Tarifverhandlungen wissenschaftliche Daten über Sicherheit und Gesundheitsschutz heranzuziehen, um anhand von positiven Beispielen aufzuzeigen, wie wirtschaftlich sicherheits- und gesundheitsrelevante Präventivmaßnahmen sein können, um selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise Arbeitsbedingungen im Bildungssektor aufrechtzuerhalten und zu verbessern;
- ✓ Praktische Anleitungen für wirksame Maßnahmen und Instrumente – für Schulleitung und Schulpersonal – zu geben, wie man effizient der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bildungssektor begegnet oder sie sogar verhindert, wobei Präventionsmaßnahmen Priorität haben, z.B. Risikobewertungen, klare Aufgabenbeschreibungen und gegebenenfalls Übersetzung von relevanten Arbeitsmaterialien;
- ✓ Diese Leitfäden bei den Gewerkschaftsstrukturen auf regionalen, lokaler und -wenn möglich- schulischer Ebene bekannt zu machen.

Auf Ebene der Bildungseinrichtungen ist es wichtig:

- ✓ Sowohl den Beschäftigten im Bildungsbereich als auch der Schulleitung rechtliche und fachliche Beratung zur Durchführung der Risikobewertung in Schulen anzubieten;
- ✓ Anreize zu setzen, um die Durchführung von Risikobewertung in Bildungseinrichtungen zu fördern, wo u.a. psychosoziale Gefährdungen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht werden; die Bedeutung der Einbeziehung der Schulleitung bei der Schaffung/Aufrechterhaltung von gesunden und sicheren Arbeitsplätzen für Lehrerinnen und Lehrer zu betonen, jedoch immer in Absprache mit den Beschäftigten und den Arbeitnehmervertretern; Einrichtungen zu ermutigen, sich der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu verschreiben;

- ✓ Das Gleichgewichtsmodell – Ausgewogenheit zwischen Anforderungen und Ressourcen für Lehrkräfte in Schulen – zwischen Schulleitern und Personal zu fördern;
- ✓ Für arbeitsorientierte, vorbeugenden und rehabilitierenden Maßnahmen im Umgang mit psychosozialen Belastungen einzutreten und/oder arbeits- und arbeitnehmerorientierte Maßnahmen in Einrichtungen zu kombinieren;
- ✓ Den Zugriff auf externes Fachwissen zu fördern, z.B. durch Schulungen, Schlichtungen, Umfragen, Einbeziehung von Psychologen falls erforderlich etc.;
- ✓ Dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten im Bildungsbereich in die Risikobewertung ihrer Arbeitsplätze einbezogen werden;
- ✓ Vorbildliche Vorgehensweisen hervorzuheben und sicherzustellen, dass die Beschäftigten des Bildungssektors über sicherheits- und gesundheitsrelevante Themen entsprechend informiert werden;
- ✓ Eltern und Schüler/Studenten einzubeziehen damit Sicherheit und Gesundheit zum Anliegen der gesamten Einrichtung wird, und eine Kultur für Sicherheit und Gesundheitsschutz in der Schulgemeinschaft zu fördern,
- ✓ Einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzbeauftragte/n in jeder Einrichtung zu haben und Arbeitnehmervorteiler/-innen in allen sicherheits- und gesundheitsrelevanten Angelegenheiten zu schulen;
- ✓ Themen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes in die Erstausbildung von Lehrkräften und in die schulinterne Weiter- und Fortbildung aufzunehmen.

5 Akronyme

| | |
|-----------|---|
| EGBW | Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft |
| BI | Bildungsinternationale |
| EU OSHA | Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz |
| FE.CC.OO. | Verband der Bildungsarbeitnehmer von <i>Comisiones Obreras</i> , Arbeitnehmerkommissionen (Spanien) |
| FFAS | Freiburger Forschungsstelle Arbeits- und Sozialmedizin (Deutschland) |
| IAO | Internationale Arbeitsorganisation |



| | |
|------------------------|---|
| ISTAS | Gewerchaftsinstitut für Arbeit, Umwelt und Gesundheit (Spanien) |
| Lärarförbundet | Schwedische Lehrgewerkschaft (Schweden) |
| NASUWT | National Association of Schoolmasters Union of Women Teachers (UK) (Nationaler Verband der Schulleitergewerkschaften der Lehrerinnen) |
| OSH | Occupational Health and Safety (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) |
| SKOiW NSZZ Solidarność | Bildungssektion von Solidarność (Polen) |
| UIL Scuola | Bildungsgewerkschaft (Italien) |
| UNSA Education | Nationaler Verband Autonomer Gewerkschaften – Sektion Bildung (Frankreich) |

6 Publikationen und Berichte

Konferenzbericht und Berichte aus den Peer-Learning-Aktivitäten

- [1. Peer-Learning-Aktivität \(London\)](#)
- [2. Peer-Learning-Aktivität \(Lissabon\)](#)
- [Abschlusskonferenz über das EGBW-Projekt \(Madrid\)](#)

Ergebnisse und Politische Empfehlungen

- [Forschungsbericht \(Ergebnisse der Online-Umfrage und Interviews\)](#)

Sämtliche Berichte und Publikationen finden Sie auf der Projekt-Webseite:

www.edu-osh.eu



Bildungsgewerkschaften solidarisch für gesunde und sichere Arbeitsplätze
in Zeiten der Wirtschaftskrise



**European Trade Union Committee for Education
Comité syndical européen de l'éducation**

Bd du Roi Albert II, 5 – 9th Floor
B-1210 Bruxelles, Belgique

T + 32 2 224 06 91/2
F + 32 2 224 06 94

*secretariat@csee-etuice.org
www.csee-etuice.org*